



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 158. Ratssitzung vom 29. Oktober 2025

5319. 2024/431

Postulat von Johann Widmer (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 11.09.2024: Sicherstellung der Nachtruhe in den nachts geöffneten Zürcher Parks

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Johann Widmer (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3671/2024): Links-grüne Politiker behaupten immer wieder, dass Tempo 30 dem Lärmschutz diene. Sie tun so, als ob der Motorenlärm das grösste städtische Problem wäre. Das zeigt, dass ihr realitätsfremd seid und keine Ahnung habt, was Zürcherinnen und Zürcher tagtäglich erleben müssen. Wir erhalten immer wieder Zuschriften, die belegen, dass Menschen die hauptsächliche Lärmquelle sind. In unserer Stadt gibt es viele Personen, die jeglichen Respekt und Anstand verloren haben und die Begegnungszonen, Parks und öffentlichen Anlagen nächtelang für ihre «Lärmereien» ausnutzen. Die Menschen können wegen diesen rücksichtslosen Jugendlichen kein Auge mehr zutun. Pünktlich mit dem Einbruch der Dunkelheit kommen grössere jugendliche Gruppen, voll bepackt mit Alkohol, Kiff-Utensilien, Musikboxen und Gleichgültigkeit. Viele spielen Mitternachtsfussball gegen Quartierwände. Das sind Zitate aus erhaltenen Briefen. Wenn man als Anwohner Ruhe einfordert, werde man beleidigt. Auch unter der Woche komme es zu solchen Szenen. Die Polizei kann man wegen Nachtruhestörung anrufen, doch u. a. wegen des Personalman-gels hat das bei ihr keine Priorität. Wenn sie dann da sind, sind sie zu nett zu den Randalierern. Kaum ist die Polizei weg, geht es weiter. Die hart arbeitenden Bürgerfamilien mit kleinen Kindern und ältere Menschen sitzen Nacht für Nacht in ihren Wohnungen und sind unfreiwillig Teil einer Party, die niemand stoppen will. Die Stadt reagiert mit einem Feigenblatt und montierte ein paar Schilder mit der Aufschrift «Bitte Rücksicht nehmen». Diese kann man wegen den Sprayereien und Stickern kaum lesen. Das ist ein Skandal, darum haben wir das Postulat eingereicht. Wer arbeitet und seinen Beitrag leistet, hat das Recht auf Schlaf. Die Stadt soll handeln und prüfen, wie sie die Nachtruhe in den öffentlichen Anlagen effizient durchsetzen kann: Mit konsequenter Präsenz und Kontrolle.

Tanja Maag (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 25. September 2024 gestellten Ablehnungsantrag: Wie soll man die Ruhe durchsetzen, wenn nicht mit Polizei? Natürlich sehen wir keinen Bedarf für eine pauschale Durchsetzung von Nachtruhe in Parks. An diesen Orten treffen sich Jugendliche nun mal gerne, da sie sich dort den kontrollierenden Blicken und Ohren von Erwachsenen entziehen können. Sie treffen sich



gerne draussen, da sie nicht über die finanziellen Mittel verfügen, die halbe Nacht in einer Bar zu sitzen – es muss ja überall konsumiert werden. Ein Park bietet eine willkommene Alternative hierzu. Eine strikte Durchsetzung der Nachtruhe würde die soziale Funktion dieser Freiräume klar beschneiden – und Ressourcen der Sicherheitskräfte verbrauchen. Hier sind euch die Kosten offenbar egal. Für Konfliktsituationen aufgrund unterschiedlicher Schlafbedürfnisse ist eure Forderung nicht zielführend. Diese kann man im Dialog lösen, indem man sich mit den lärmenden Menschen auseinandersetzt.

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): *Anscheinend wohnt Tanja Maag (AL) nicht neben einer sogenannten Begegnungszone. Wir wollen lediglich, dass der Stadtrat mögliche Massnahmen prüft – nicht automatisch mehr Polizei einsetzt. Es gäbe sicherlich Lösungen, die nicht nur repressiv sind, sondern einen aufklärerischen Ansatz verfolgen. Wenn man guten Willen hat, kann man das Postulat sehr kosteneffizient umsetzen. Wie die Situation gerade ist, geht es aber nicht weiter, denn die Probleme treten immer öfter auf.*

Beat Oberholzer (GLP): *Es ist klar, dass die Nachtruhe wichtig und deren Einhaltung gesetzlich festgelegt ist. Dass Nachtruheklagen für die Polizei keine Priorität hätten, kann ich nicht bestätigen. Viele von uns konnten bereits mit der Polizei mitfahren und da traten bei mir hauptsächlich Nachtruheklagen auf. Die Polizei hat das ziemlich gut im Griff. Was genau die Postulanten von der Stadt wollen, ist mir nicht klar. Soll man Ausgangssperren verhängen, die Pärke schliessen? Da uns die Absicht nicht klar ist, lehnen wir ab.*

Sandra Gallizzi (EVP): *Nachtruhe ist etwas äusserst Wichtiges. Das ist unbestritten. Nicht jede Person hat in Bezug auf Geräusche und Lärm das gleiche Empfinden. Die Polizei kennt die Hotspots und weiss genau, wo es öfters laut zu und her gehen kann. Entsprechend kontrolliert sie diese auf ihren Patrouillen regelmässig und sorgt für Ruhe und Ordnung. Oft reicht es, wenn sie Präsenz zeigt. Sollte es trotzdem laut und die Nachtruhe nicht eingehalten werden, können sich Anwohnende an die Polizei wenden. Diese reagiert auf die Situation. Oft haben Anwohnende heutzutage kein Verständnis mehr, wenn bspw. Jugendliche in einem Park oder auf einem Platz zusammen feiern, lachen, Musik hören wollen. Gerade Jugendliche haben heute keinen Platz mehr, wo sie sich aufhalten können. Immer öfter werden sie aus dem öffentlichen Raum verdrängt. Gegenseitige Rücksichtnahme ist angebracht, Toleranz und gesunder Menschenverstand aber genauso. Die Mitte/EVP-Fraktion vertraut darauf, dass die Polizei auf ihren Patrouillen oder bei Anrufen einschreitet. Das Postulat lehnen wir ab.*

Reis Luzhnica (SP): *Wenn man die Lärmschutzstrategie der Stadt Zürich liest, stellt man schnell fest, dass der grösste Lärmfaktor mit Abstand der Strassenverkehr ist. Hier tut die Stadt bereits einiges, indem sie Tempo 30 einführt. Lärmige Parkanlagen werden in der Strategie kaum erwähnt. Diese sind weder gesundheitlich noch strukturell ein gravierendes Problem. Es wird auch die Balance zwischen einer lebendigen Stadt und der Ruhe erwähnt. Das ist der springende Punkt. Die Stadt weiss, wo die Lärmquellen sind*



3 / 3

und hat Regelungen eingeführt, um die Nachtruhe einhalten zu können. Die SVP soll der Polizei nicht reinreden, darum lehnen wir das Postulat ab.

Das Postulat wird mit 34 gegen 84 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat